



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Bericht zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat angekündigt, auch künftig eine soziale Wohnungspolitik zu betreiben. Besondere Bedarfe für Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende und Studierende erfordern Veränderungen bei der Steuerung von Neubauvorhaben ebenso wie bei der Förderung von Sanierungen. Auch bestehen regionale Unterschiede bei der Versorgung mit Wohnraum und bei der Höhe der Mieten. Gerade bei Menschen mit geringen Einkommen machen darüber hinaus die Neben- und die Heizkosten einen hohen Anteil der Aufwendungen für Wohnen aus.

Die Landesregierung wird daher gebeten, in einem schriftlichen Bericht an den Landtag zur 9. Tagung (März 2013) ihre Planung für die Weiterentwicklung der Versorgung mit Wohnraum in Schleswig-Holstein darzulegen und dabei die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

WOHNUNGSSITUATION in SCHLESWIG-HOLSTEIN

- Welche Empfehlungen beinhaltet die 2011 erstellte Wohnungsbauprognose für Schleswig-Holstein?
- Zwischen 1988 und 2011 sind in Schleswig-Holstein rund 73.000 Wohnungen gebaut worden, davon rund 48.000 Mietwohnungen. Wie verteilen sich die Förderzusagen und die Fertigstellung für diese Wohnungen auf die einzelnen Jahre?
- Gibt es Trends für die Entwicklung der Mieten im städtischen und im ländlichen Raum und auf den Inseln?

- Auswirkungen der bisherigen und erwarteten Zusatzkosten aus dem Erneuerbare Energien Gesetz auf die Wohnkosten der Bürgerinnen und Bürger
- Kann die Landesregierung Einfluss darauf nehmen, dass Neubauten nicht nur barrierefrei errichtet werden, sondern dass darüber hinaus auch ein gut erreichbares Umfeld (Infrastruktur, ÖPNV, Versorgung mit medizinischen Leistungen, Kinder- und Pflegebetreuung, Einkaufsmöglichkeiten) integriert wird?
- Bedeutung des Wirtschaftsfaktors der Wohnungs- und Immobilienbranche in Schleswig-Holstein
- Darstellung der Wohnkostenbelastung der Haushalte und der Bezahlbarkeit von Wohnen für alle Bevölkerungsgruppen in den Regionen Schleswig-Holsteins
- Darstellung der Wohnsituation für Studierende und deren perspektivische Entwicklung

BUND und LÄNDER

- Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass die Zweckbindung der Kompensationszahlungen ab 2014 entfällt?
- Entwicklung der sozialen Wohnraumförderung seit der Überleitung auf die Länder
- In welcher Höhe entfallen Kompensationszahlungen des Bundes auf Schleswig-Holstein und wie werden diese verwendet?
- Sind die Mittel auskömmlich?
- Welcher Anteil der Mittel entfällt auf Altverpflichtungen des Bundes für früher (vor 2006) gemachte Förderzusagen?
- Erwartet Schleswig-Holstein nach der gesetzlich festgelegten Revision für die Jahre 2014 bis 2019 höhere Kompensationszahlungen vom Bund?
- Erfolge und weitere Perspektiven des Programms „Soziale Stadt“

FÖRDERMITTEL in SCHLESWIG-HOLSTEIN

- Wie viele Landesmittel werden zusätzlich zu den Bundesmitteln für sozialen Wohnungsbau eingesetzt?
- Wie viele kommunale Mittel werden nach Kenntnis der Landesregierung zusätzlich zu den Bundesmitteln für sozialen Wohnungsbau eingesetzt?
- Wie viele private Mittel werden nach Kenntnis der Landesregierung zusätzlich zu den Bundesmitteln für sozialen Wohnungsbau eingesetzt?
- In welcher Höhe insgesamt werden jeweils seit 1988 Mittel für sozialen Wohnungsbau aufgewendet?

STEUERN

- Auswirkungen des Einkommensteuerrechts (--> lineare Abschreibung 2% seit 2006) auf die Attraktivität sozialen Wohnungsbaus für private Investoren
- Auswirkungen der Zweitwohnungssteuer auf studentisches Wohnen

POLITISCHE ÄNDERUNGSCHANCEN

- Welche politischen Rahmenbedingungen wären erforderlich, um die folgenden Maßnahmen umzusetzen und welche Chancen sieht die Landesregierung in entsprechenden Initiativen:
 - Erhöhung der Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder
 - Verbesserungen bei der steuerlichen Förderung von Wohnungsneubau / steuerliche Erleichterungen für den Neubau von Mietwohnungen (bitte unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Landes)
 - Förderung von Ersatzneubau
 - integrierte Wohnungsbauförderung durch Bund, Länder und Kommunen
- Welche Möglichkeiten bestehen auch nach Maßgabe der Vereinbarungen aus der Föderalismusreform, um von Seiten des Bundes ein neues Förderprogramm für regionale Wohnungsbaubedarfe aufzulegen?

GENOSSENSCHAFTEN

- Welche unterschiedlichen Rollen können Genossenschaften bei der Versorgung mit Wohnraum einnehmen?
- Wie bewertet die Landesregierung Genossenschaftsmodelle für den Wohnungsbau?
- Wird die Landesregierung spezielle Fördermöglichkeiten, beispielsweise rechtliche Erleichterungen und Entbürokratisierungen, für Genossenschaften im Bereich der Versorgung mit Wohnraum entwickeln?

Serpil Midyatli
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW